

# Antiamerikanismus in Pakistan

**Dietrich Reetz**

(März 2003)

Angesichts des von den USA geführten Kampfes der internationalen Anti-Terrorkoalition in Afghanistan und Pakistan ist das Verhältnis zu den USA für Pakistan von akuter tagespolitischer, ja existentieller Bedeutung. Dieses wird zugleich sehr stark von den innenpolitischen Verwerfungen im Lande beeinflusst. Pakistan hat nach 3 Jahren Militärherrschaft am 10. Oktober 2002 ein neues Parlament gewählt.<sup>1</sup> Die daraus hervorgegangene regimetreue Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Mir Zafarullah Khan Jamali (ML-QA), die am 23. November 2002 ihr Amt antrat, muss erst noch ihren politischen Weg finden. Die Instabilität ihrer Mehrheit besagt, dass sie anfällig ist gegen den Druck verschiedener Kräfte. Das Militär hat jedoch die Kontrolle über die Politik nicht aufgegeben. Der Führer des Militärregimes, General Musharraf, hatte sich im Juni 2001 zum Präsidenten ernannt und durch ein zum Teil manipuliertes Referendum am 30. April 2002 für eine Amtszeit von 5 Jahren bestätigen lassen.<sup>2</sup> Durch ein Verfassungsmantelgesetz (Legal Framework Order 2002) hat er die Verfassung modifiziert und die Vollmachten des Präsidenten wieder gestärkt. Er kann jetzt auch die Regierung wieder entlassen.<sup>3</sup> Gleichzeitig weigerte er sich, seine militärische Position als Generalstabschef der Landstreitkräfte aufzugeben. Beobachter reagierten verwundert, als General Musharraf schon vor Wahl der neuen Regierung Kontinuität versprach. Dies sollte ein Signal an den Westen sein, dass er entschlossen ist, den Kurs der Zusammenarbeit in der Anti-Terrorismus-Koalition trotz innenpolitischen Widerstandes fortzusetzen. Zugleich machte er deutlich, dass er nicht gewillt ist, einen unabhängigen Kurs der Zivilregierung zu akzeptieren. Ob er allerdings verhindern kann, dass sich die politische Ausrichtung der Regierung verändert, muss sich erst noch zeigen. Gerade im Verhältnis zu den USA deuteten verschiedene Ereignisse während des Wahlkampfes und im langen Prozess der Parlaments- und Regierungsbildung darauf hin, dass sich im Land und unter der neu gewählten politischen Elite des Landes eine tiefe antiamerikanische Grundstimmung manifestiert. Diese erscheint mehr ausgeprägt als je zuvor. Wo Pakistan sich mit kritischen Positionen westlicher Institutionen konfrontiert sah wie seitens der EU-Wahlbeobachter, des Internationalen Währungsfonds oder von Menschenrechtsorganisationen, erstreckte sich die Ablehnung auch auf den Westen allgemein.

Diese Entwicklung steht im krassen Gegensatz zur proamerikanischen Grundtendenz in der kurzen Geschichte Pakistans seit seiner Unabhängigkeit 1947. Im Unterschied zu Indien kann Pakistan auf eine lange Zeit von Bündnis- oder bündnisähnlichen Beziehungen mit den USA

---

<sup>1</sup> Von 342 in der Nationalversammlung zu vergebenen Sitzen errang die dem Militärregime von General Musharraf nahestehende „Muslimliga – *Qaid-e-Azam*“ (Muslimliga im Geiste des „Großen Führers“: Epithet des Staatsgründers Muhammad Ali Jinnah; ML-QA) 103, die „Pakistanische Volkspartei – Mandatsträger“ (Pakistan People’s Party-Parliamentarians – PPP-P) als stärkste regimiekritische Kraft 80, das Bündnis religiöser Parteien „*Muttahida Majlis-e Amal*“ (Vereintes Aktionsbündnis – MMA, Fn. 17) 59, die dem von Musharraf gestürzten ehemaligen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif nahestehende „Muslimliga – Nawaz“ (ML-N) 18 und die regional-ethnische Partei der urdusprachigen Bevölkerung „*Muttahida Qomi Mahaz*“ (Vereinte Volksfront – MQM) 17 Plätze. Zu den aktuellen Wahlergebnissen unter Berücksichtigung der Frauen- und Minderheitensitze, siehe die Webseite von „News“ und „Jang“, auf <http://jang.com.pk/election2002/>.

<sup>2</sup> Laut Angaben der pakistanischen Wahlkommission wurde Präsident Musharraf bei einer Wahlbeteiligung von 70,1 % mit 92 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Beide Ergebnisse waren für Pakistan außerordentlich hoch, was Kritiker als Beleg für Manipulationen ansahen. Dawn, Karatschi, 2. Mai 2002.

<sup>3</sup> Zum Text der Legal Framework Order, siehe Dawn, 22. August 2002.

und anderen westlichen Staaten zurückblicken.<sup>4</sup> Mit den USA schloss es 1954 ein gemeinsames Verteidigungshilfeabkommen und 1959 ein Bilaterales Sicherheitsabkommen. Von 1954 bis 1972 war Pakistan Mitglied der SEATO, von 1955 bis 1979 des Bagdad-Paktes bzw. der CENTO. Der islamistische Militärdiktator, General Zia-ul-Haq schloss 1981 mit den USA ein umfangreiches Fünfjahresabkommen über Militär- und Wirtschaftshilfe im Werte von 3,2 Mrd. US-Dollar, mit einer Anschlussvereinbarung 1986 über 4 Mrd. US-Dollar, zum Teil jedoch in hochverzinsten Anleihen, die Pakistans Zahlungsbilanz schwer belasteten. Pakistan sollte nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1978 als neuer „Frontstaat“ im Kalten Krieg gestärkt werden. Die USA sahen die Möglichkeit, den Sowjets in Afghanistan eine verlustreiche Niederlage zu bereiten. Im Golfkrieg von 1991 zur Befreiung Kuwaits war Pakistan mit eigenen Streitkräften an der Anti-Irak-Koalition beteiligt. General Musharraf führte das Land auch in die Antiterrorkoalition von 2001 und ermöglichte von seinem Territorium aus den Krieg zum Sturz der Taliban in Afghanistan und zur Verfolgung der al-Qa`ida-Anhänger bis in die pakistanischen Grenzgebiete. Dafür bekam er Zusagen über Militär- und Wirtschaftshilfe im Umfang von 1,1 Mrd. US-Dollar sowie einen bilateralen Schuldenerlass von einer weiteren Milliarde Dollar.<sup>5</sup>

### **Länderspezifischen Ursachen des Antiamerikanismus**

Die langjährigen formalen Beziehungen Pakistans zu den USA und zur westlichen Welt waren vermutlich auch einer der wichtigsten Gründe für die Entstehung antiamerikanischer Ressentiments unter Teilen der politischen Elite Pakistans wie unter der Bevölkerung als ganzes. Pakistans Motive für enge Beziehungen mit den USA und dem Westen basierten hauptsächlich auf seinen ungeklärten und häufig gespannten Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten Indien, und in geringerem Maße, Afghanistan. Diese waren vor allem Teil des kolonialen Erbes der britischen Fremdherrschaft in Südasien. Die unabhängigen Staaten Pakistan und Indien waren aus der konfessionellen Teilung der Kolonie Britisch-Indien und der ihr angeschlossenen Fürstentümer hervorgegangen. Pakistan entstand in zwei weit auseinanderliegenden Teilen aus den Gebieten, in denen Muslime die Mehrheit bildeten. Pakistans Führung glaubte, enge Beziehungen zu den USA und dem Westen seien ein Garant zur Lösung ungeklärter Konflikte. Dazu zählte die Zugehörigkeit des Fürstentums Dschammu und Kaschmir, das von einem Hindu-Herrscher regiert wurde, der sich entgegen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit formal Indien anschloss. Auch der Status der Grenze zu Afghanistan, die nach Ansicht verschiedener Kräfte in Afghanistan und Pakistan nur provisorisch festgelegt wurde und die ethnisch verwandten Stammesgebiete der Paschtunen zu beiden Seiten trennt, gehört zu den ungelösten Fragen. Pakistan hoffte auch, dass die USA im Kriegsfall mit Indien Beistand leisten würden. Da die USA und die anderen Westmächte jedoch eng globalstrategische Interessen vor allem der Eindämmung der Sowjetunion und ihrer asiatischen Verbündeten verfolgten, erwiesen sich diese Hoffnungen als Illusionen. Viele nationalistischen Vertreter der politischen Klasse Pakistans verzeihen den USA vor allem nicht, dass diese aus ihrer Sicht tatenlos den 3 Kriegen mit Indien zugesehen haben, darunter auch der Teilung des Landes im Krieg von 1971, als Bangladesch entstand, aus pakistanischer Sicht unter maßgeblicher Beteiligung Indiens. Die Enttäuschung über diese nichterfüllten Erwartungen fand ihre Fortsetzung und Zuspitzung nach dem Ende des Kalten Krieges. Als die Sowjetunion sich 1989 aus Afghanistan zurückzog und das Najibullah-Regime 1992 von den islamistischen Freischärlern (*Mujahidin*) gestürzt wurde, war Pakistan für die USA-Strategie in der Region überflüssig geworden. Der Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik unter der

---

<sup>4</sup> Für einen Überblick über die aktuelle Geschichte der Beziehungen USA-Pakistan, vgl. Kux, Dennis: *The United States and Pakistan 1947-2000: disenchanting allies*, Washington D.C. 2001.

<sup>5</sup> Reyko Huang: *South Asia and the United States: Assessing new policies and old problems*, Washington 24. Mai 2002, auf der Webseite des *Center for Defense Information Washington* unter <http://www.cdi.org/terrorism/southasia.cfm>.

demokratischen Clinton-Administration betonte wieder stärker die Bedeutung der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, vor allem Nuklearkapazitäten. Angesichts forciertes indischer Rüstungsmaßnahmen, des Wegfalls der westlichen Bündnisbeziehungen und eigener nationalistischer Ambitionen beschleunigte Pakistan sein Nuklearprogramm. Die darauf folgenden Sanktionen der USA trafen Pakistan vor allem moralisch, das sich ungegerechtfertigt behandelt und abgestraft sah. Diese Entwicklung kulminierte in den Nuklearexplosionen zunächst Indiens und dann als Antwort darauf auch Pakistans im Mai und Juni 1998. Inzwischen hatten die USA bereits verstanden, dass harte Sanktionen Pakistan erheblich mehr schaden würden als Indien, weshalb sie bewusst die Maßnahmen gegen Pakistan geringer hielten. Wegen seiner engen militärischen Beziehungen zur Sowjetunion ist Indien jedoch aus der Sicht Pakistans bei solchen wiederholten Boykottmaßnahmen der USA immer im Vorteil gewesen, während Pakistan als ehemaliger Verbündeter der USA stets erhebliche Einbußen seiner Potenzen hinnehmen musste.<sup>6</sup>

Auch das amerikanische Verhalten in der Afghanistanfrage führte bei Pakistan zu erheblicher Verbitterung. Während aus pakistanischer Sicht die USA aufwendige Infrastrukturen für die Unterstützung islamischer Freischärler förderten und finanzierten, hatten sie Pakistan mit den Folgen des Engagements allein gelassen. Ein blühender Schwarzhandel mit Waffen aus dem Afghanistankrieg, bis hin zu den *Stinger*-Fliegerabwehrraketen, und mit Drogen, sowie die Proliferation islamistischer Militanz aus den Gruppen der ehemaligen Afghanistan-Kämpfer führten zur Ausbreitung einer gewalttätigen „Kalaschnikow-Kultur“<sup>7</sup>, der die politische Klasse Pakistans, selbst schwach und unorganisiert, hilflos gegenüberstand. Das jetzige Streben der USA nach Stützpunktrechten in Pakistan und in der angrenzenden Region,<sup>8</sup> aber mehr noch das direkte Agieren von Vertretern des FBI, CIA und des Centcom auf pakistanischem Territorium zur Verfolgung von versprengten Anhängern der Taliban und des al-Qa`ida-Netzwerkes haben breiten Widerstand vor allem in den Stammesgebieten der Paschtunen und

---

<sup>6</sup> Pakistan war (zusammen mit Indien) nach den Kriegen von 1965 und 1971 einem US-Waffenembargo ausgesetzt, das erst 1975 aufgehoben wurde. Im April 1979 stellte Präsident Carter entsprechend dem *Symington Amendment* zum Gesetz über die Auslandshilfe die Militärhilfe für Pakistan wegen des Baus der Urananreicherungsanlage ein, was Reagan 1981 modifizierte. Das *Pressler Amendment* zum Auslandshilfegesetz von 1985 gestattete den USA weitere Hilfe an Pakistan, solange der US-Präsident jährlich die Unbedenklichkeit hinsichtlich der nuklearen Ambitionen Pakistans zertifizierte. Präsident Bush Senior weigerte sich jedoch im Oktober 1990, dies zu tun und stellte damit alle Militärhilfe an Pakistan ein. Das führte u.a. zur problematischen Blockade des Kaufs von 71 F-16-Bombern, die Pakistan bezahlte, aber nie erhielt. Das *Brown Amendment* zur Auslandshilfe modifizierte 1995 das *Pressler Amendment* und machte es möglich, Pakistan für die F-16 einen Ausgleich zu zahlen. Zusätzliche Sanktionen traten 1998 wegen der Nukleartests in Kraft. Im Oktober 2001 wurden sämtliche Sanktionen gegen Pakistan ausgesetzt („waived“). Vgl. Kux 2001, a.a.O.; Congressional Research Service: Pakistan-US Relations, updated September 24, 2002, auf der Webseite des *Foreign Press Center* des *US State Department* <http://fpc.state.gov/documents/organization/13851.pdf>.

<sup>7</sup> Diese wurde sehr zutreffend beschrieben in: Ralph Joseph: Pakistan fights to end ‚Kalashnikov culture.‘ *The Washington Times*. 20. August 2002, auf <http://www.washtimes.com/world/20020820-27615356.htm>.

<sup>8</sup> Nach Berichten des amerikanischen Nachrichtensenders CNN befinden sich Streitkräfte der Anti-Terrorcoalition gegenwärtig in Usbekistan (Termez: 10. Gebirgsdivision der US-Armee, Khanabad: Sondereinheiten der US-Luftwaffe), Tadschikistan (Duschanbe: Flugzeuge C-160 und C-130 der französischen Luftwaffe), Kirgisien (Manas/Bischek: US- und französische Transportflugzeuge), Afghanistan (Bagram/nahe Kabul: 10. Gebirgsdivision, 101. Luftlandedivision der US-Armee, britische Marine-truppen, UN-Friedenstruppe aus Deutschland, Österreich, Niederlande, Finland, Dänemark, Türkei, Pul-i Kandahar/westl. Kabul: kleiner Hubschrauberstützpunkt, Mazar-e-Sharif: kleine Gruppe US-Gebirgstruppen und französischer Infanterie, Kandahar: 15. und 26 US-Marine-Expeditionskorps - „Camp Rhino“, Khost: logistische Versorgung der US-Sondereinheiten) und Pakistan (Dalbandin/Balutschistan: unbekannte Zahl US-Truppen, Jacobabad: US-Transportflugzeuge, Pasni: US-Marineeinheiten). Auf der Website von CNN unter [www.cnn.com/SPECIALS/2001/trade.center/military.map.html](http://www.cnn.com/SPECIALS/2001/trade.center/military.map.html), abgerufen am 30. Januar 2003.

Balutschen ausgelöst, die an Afghanistan grenzen. Sie betrachten diese Aktionen als Eingriff in ihre traditionelle Unabhängigkeit, zumal sie sich auch sonst nur sehr begrenzt dem pakistanischen Staat und seinen Bundesbehörden unterordnen.

Parallel dazu hat die Re-Islamisierung des Landes, vor allem seit der Amtszeit von Zia-ul-Haq 1977 bis 1988 institutionelle Strukturen, Akteure und Konzepte gestärkt, die sich seit der iranischen Revolution 1979, aber dezidiert seit dem Ende des Kalten Krieges auch zunehmend gegen die USA richten. Die puristischen Strömungen eines sunnitischen Radikalismus,<sup>9</sup> die sich in Verbindung mit dem afghanischen Bürgerkrieg zunehmend ausbreiteten, nahmen aus internationalen Diskursen der Islamisten, besonders auch aus der Unterstützung der USA für Israel zahlreiche antiamerikanische Argumente auf. Sie wurden verbunden mit dem Gefühl der eigenen Ohnmacht und Minderwertigkeit angesichts des oft unzeremoniellen Umgangs der USA mit Pakistan, seinen Bürgern und dessen Interessen. Hier kam es auch immer wieder zu einem Zusammenfließen der o.e. nationalistischen Argumente mit islamistischer Interpretation.

Die Regierungszeit des liberalen und sozialdemokratisch orientierten Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto 1972 bis 1977, sowie seiner Tochter Benazir Bhutto 1988-90 und 93-97, wiesen auf den relativ starken Einfluss liberaler und linksorientierter Ideologien unter weiten Teilen der jüngeren bürgerlichen politischen und gesellschaftlichen Elite hin. Z. A. Bhutto nutzte polemische Angriffe gegen die USA zur Profilierung seines nationalistischen Linkspopulismus, während er gleichzeitig kommunistische und gewerkschaftliche Vertreter verfolgte. Bis heute spielen auch linksorientierte, antiamerikanische Argumente in der öffentlichen Debatte, vor allem in den weitgehend unabhängigen Printmedien eine erhebliche Rolle. Dabei werden auch zunehmend Argumente zur Ablehnung der Globalisierung und kultureller Überfremdung aus westlichen Diskursen aufgenommen, die auf die Vorherrschaft der USA zurückgeführt werden.<sup>10</sup> Ähnliches gilt für die wachsende Kritik an der als hegemonial angesehenen Rolle der USA in der Weltpolitik, gegenwärtig vor allem in der Irak-Frage.

Als spezifisch pakistanisches Argument muss man auch die weitverbreiteten Vorwürfe vieler Politiker und Intellektueller an die Adresse der USA sehen, durch ihre engen Beziehungen zu den Militärmachthabern Schuld an der politischen und institutionellen Deformation in Pakistan zu tragen.

Zusammenfassung: Zu den spezifischen Gründen des Antiamerikanismus in Pakistan gehören die Interessenkonflikte und Missverständnisse mit den USA über den Charakter und Umfang der Bündnis- oder Partnerbeziehungen. Pakistan möchte diese immer wieder für seine Auseinandersetzung mit Indien, und in geringerem Umfang auch Afghanistan, instrumentalisieren. Die USA ordnen ihr Verhältnis zu Pakistan jedoch streng global-strategischem Kalkül unter. Dort wo Pakistan US-Interessen verletzt (Nuklearpolitik), wurde es wiederholt mit Sanktionen belegt. Diese Motive ergeben sich aus der nationalistischen und religiös argumentierten Pakistan-Ideologie, die besonders nach Abgrenzung von Indien strebt und einen gewissen Führungsanspruch unter den Muslimen bzw. den islamisch geprägten Ländern der Region

---

<sup>9</sup> Etwa 80 % der Muslime in Pakistan sind hanafitische Sunniten, der Rest Schiiten. Zu den wichtigsten Minderheiten gehören etwa zu gleichen Teilen die Ahmadis, Hindus und Christen mit einem Gesamtanteil von bis zu 8 % an der Bevölkerung. Zur Entstehung und Formierung eines sunnitischen Radikalismus in Südasien, vgl. Dietrich Reetz: *God's Kingdom on Earth: The Contestation of the Public Sphere by Islamic Groups in Colonial India (1900-1947)*, Habilitationsschrift (unveröff.), FU-Berlin 2001, bes. Kapitel 5.4, S. 284ff.

<sup>10</sup> Siehe als Beispiel Mazari, Shehryar: *A Murderous Subsidy*. In: *Herald*, Karatschi, November 2002, S. 76-78. Dort wird unter direktem Bezug auf die britische NGO Oxfam das Argument aufgenommen, dass die USA mit der Subventionierung der Baumwollpreise den Erzeugern in der Dritten Welt massiv schaden. Für die Saison 2001-02 wurde für Pakistan ein Verlust von 340 Mill. Dollar errechnet.

verfolgt. Weitere spezifische Ursachen liegen in der Geschichte und Dynamik der Re-Islamisierung Pakistans, besonders seit der Amtszeit von Zia-ul-Haq, in den unbewältigten Folgen des afghanischen Bürgerkrieges und des jetzigen Anti-Terrorkrieges, in der zunehmenden Kritik an der Marginalisierung Pakistans in der Weltwirtschaft, wofür auch die USA verantwortlich gemacht werden.

### **Hauptträger des Antiamerikanismus**

Die Träger lassen sich entsprechend den Ursachen grob in nationalistische und antiindische Kräfte, islamistische Gruppen und eher linksorientierte Bewegungen bzw. lokale/ethnische Milizen unterteilen.

Die nationalistischen, antiindischen Kräfte sind zum einen in der militär- und zivildbürokratischen Elite zu finden, die im Land den Ton angibt. Sie sind sich der Abhängigkeit des Landes vom Wohlwollen der USA bewusst. Das betrifft vor allem wirtschaftliche, aber auch militärisch-strategische Fragen. Gleichzeitig haben die Eckpunkte der sogenannten „Pakistan-Ideologie“ für sie Priorität. Diese geht implizit davon aus, dass Pakistan ein Führungs- und Vertretungsanspruch für die Muslime Südasiens zufällt, darunter auch für die in Indien lebende muslimische Minderheit, die nahezu genauso viele Mitglieder zählt wie Pakistans Bevölkerung. Sie nimmt insbesondere an, dass die konfessionelle Teilung Britisch-Indiens nicht abgeschlossen und damit der ideologische Gründungsauftrag Pakistans nicht erfüllt ist, solange die Kaschmirfrage nicht zugunsten Pakistans entschieden werden kann. Innerhalb der großen politischen Parteien finden sich Vertreter dieser Haltung sowohl in den verschiedenen Fraktionen der Muslimliga als auch in der Pakistanischen Volkspartei. Dabei ist zu beobachten, dass aus pragmatischen Gründen die Politiker, die gerade die Regierung ausüben, sich meist für geregelte Beziehungen mit den USA aussprechen. Sie argumentieren ihre antiamerikanischen Positionen vor allem mit Sachproblemen, die auf eine scheinbare Benachteiligung oder Ungleichbehandlung Pakistans durch die USA (meist im Verhältnis zu Indien) verweisen.

Dabei haben die eigenen Versorgungsinteressen der militärischen Führungskaste und der eng mit dem Großgrundbesitz verbandelten Familienklans meist Priorität. So hat selbst der konservative und proamerikanische General Zia es wissentlich zugelassen, dass 1979 die US-Botschaft in Islamabad vom Mob überfallen und angezündet wurde, um den USA einen „Denkzettel“ zu verpassen und sie zu bewegen, Pakistan für seine Bündnisrolle gegenüber Afghanistan wesentlich mehr materielle und politische Gegenleistungen anzubieten. Auch die jetzige Militär- und Geheimdienstführung des Landes lässt es offenbar zu, dass Aktionen gegen Taliban- und al-Qa`ida-Anhänger auf mittlerer Ebene immer wieder verraten werden, wodurch amerikanisches Militärpersonal direkt gefährdet wird. Der pakistanische Militärgeheimdienst *Inter-Services Intelligence* (ISI) gilt als ein Staat im Staate, der sich selbst der Kontrolle der Militärführung teilweise entzogen hat. Über Jahrzehnte war er organisch mit dem islamistischen Widerstand in Afghanistan und Kaschmir verbunden. Auch wenn er gegenwärtig einer „Reinigung“ im Sinne der Antiterror-Operationen unterzogen wird, sind viele ehemalige Mitarbeiter und Teile seiner Strukturen als potentielle antiamerikanische Kräfte anzusehen.

Die Kalkulation der nationalistischen Interessen Pakistan geht traditionell mit erheblichem Realitätsverlust vonstatten. Es fällt der politischen Klasse schwer zu erkennen, dass sich eine Haltung, bei der die USA massiv attackiert sowie bestimmte radikale und militante Aktivitäten gegen USA-Interessen zugelassen werden, auf Dauer nicht mit dem Werben um finanzielle, ökonomische, politische und militärische Unterstützung durch die USA vereinbaren lässt. Kräfte mit dieser nationalistischen, antiindischen Grundhaltung greifen jedoch eher weniger zu radikalen Maßnahmen. Sie sind aber oft bereit, solche zu dulden oder auch zu fördern.

Hinsichtlich der Relevanz sind an zweiter Stelle hier die islamistischen Gruppen zu nennen. Dazu gehören die religiösen Milizen aus *Mujahidin*, die in Afghanistan gekämpft haben, die jetzt in Kaschmir kämpfen und/oder die in die gewalttätigen sunnitisch-schiitischen Sektenauseinandersetzungen verwickelt sind.<sup>11</sup> Sie eint u.a. die Ablehnung der USA, ja der Hass auf die USA. Sie sehen Angriffe auf mit den USA und anderen westlichen Ländern verbundene Ziele als gerechtfertigt, als symbolische Kriegshandlungen an. Andere islamische Gruppen, die sich vor allem der religiösen Wiedergeburt und der Verbreitung religiöser Lebensweise verschrieben haben, wie verschiedene Deobandi-Gruppen<sup>12</sup> oder auch die innere Missionsbewegung der *Tablighi Jama`at* (TJ), kritisieren die USA oft als Teil der Ablehnung der westlichen Lebensweise. Diese Motive überlappen sich zum Teil. Dabei ist zu beachten, dass die gleichen Personen aus diesem Kreis wie auch aus dem vorhergehenden nicht selten Wert darauf legen, dass ihre Kinder in den USA eine Ausbildung erhalten. Viele sehr amerikakritische Politiker haben oft selbst in den USA, England oder woanders im Westen studiert bzw. zeitweilig gelebt. Bezeichnenderweise war es ein Hauptanliegen der neugewählten pakistanischen Regierung, inmitten aller öffentlicher Kritik am Vorgehen der USA gegen islamische Extremisten, vor allem Erleichterungen für die in den USA lebenden Pakistaner zu verlangen, die von den verschärften Sicherheits-, Kontroll- und Meldemaßnahmen betroffen waren. Das traf die Elite vom bürgerlichen bis ins islamistische Lager auf breiter Front. Auch hier war das Argument wieder die Benachteiligung Pakistans, denn Bürger indischer Herkunft waren in den USA davon nicht betroffen.

Unter eher linksgerichteten und lokalen bzw. ethnischen Milizen sind solche Kräfte und Bewegungen hier zusammengefasst, die aus Gründen gegen die USA auftreten oder vorgehen, denen weder eine religiöse noch eine nationalistische Argumentation zugrunde liegt. Das betrifft einzelne Individuen, die in verschiedenen radikalen Studentenorganisationen oder auch einzelnen Flügeln der großen Parteien, vor allem der Volkspartei aktiv sind. Dazu gehören radikale Gruppen in den Provinzen Balutschistan oder Sindh, die immer mal wieder um die Autonomie oder sogar staatliche Unabhängigkeit ihrer sprachlich-kulturell selbständigen Provinzen kämpfen. Von letzteren sind schon Anschläge auf Erdgas- und Erdölanlagen erfolgt, die bisher zwar weniger westlichen als staatlichen pakistanischen Interessen galten, aber po-

---

<sup>11</sup> Zu den bekanntesten sogenannten *Jihadi*-Gruppen gehören die *Harkat-ul-Mujahidin* (Gruppe der Heiligen Krieger – HUM), die davon abgespaltene *Jaish-e Muhammadi* (Muhammads Armee – JM), die *Lashkar-i Taiba* (Fromme Armee – LT), und deren Mutterorganisation *Da`wat al-Irshad* (Verbreitung der [koranischen] Gebote – DI). Die HUM und JM stehen von der Doktrin her und personell der Deobandi-Partei JUI nahe, die LT und DI der Ahl-i Hadith. Alle vier wurden inzwischen verboten, doch sie operieren *de facto* weiter, auch durch Neugründungen wie bei der DI, die sich jetzt *Jama`at-ud-Da`wa* (Partei zur Verbreitung des Islam – JD) nennt. Der HUM-Vorsitzende war Mitunterzeichner des anti-amerikanischen Aufrufs von Bin Laden von 1998, der zum Kampf gegen den Westen, und zum Mord an Juden und US-Amerikanern aufgefordert hatte. Antiamerikanische und antiwestliche Aktionen gehen aber auch von den militanten sunnitischen Sektengruppen, wie der *Sipah-e Sahaba-e Pakistan* (Pakistans Armee der Gefährten des Propheten – SSP), der davon abgespaltenen *Lashkar-e Jhangwi* (Jhangwis Armee – LJ), die gleichfalls verboten sind, aber tatsächlich weiter operieren. Die schiitische Sektensmiliz *Sipah-e-Mohammadi* (Armee Muhammads – SM) ist dagegen bisher nicht mit antiwestlichen Aktionen in Verbindung gebracht worden. US Department of State: Patterns of Global Terrorism: 1998. Washington 1998, auf <http://www.state.gov/www/global/terrorism/1998Report/asia.html#pakistan>; siehe auch für Folgejahre. Vgl. auch Nasr, Seyyed Vali Reza: The Rise of Sunni Militancy in Pakistan: The Changing Role of Islamism and the Ulama in Society and Politics. In: Modern Asian Studies, Vol. 34, No. 1, 2000, S. 139-180.

<sup>12</sup> So benannt nach der puristischen religiösen Bildungsbewegung, die im neunzehnten Jahrhundert von dem islamischen Seminar in Deoband, Nordindien, ausging. Ihr folgen in Pakistan Parteien wie die JUI, Missionsbewegungen wie die TJ und militante Organisationen wie die HUM und JM. Auch die Taliban beriefen sich auf diese Denkschule, die gleichwohl bei der Entstehung sich nicht auf Zwangsmaßnahmen sondern auf religiöse Bildung orientierte. Vgl. Metcalf, Barbara: Islamic Revival in British India: Deoband, 1860-1900. Princeton 1982.

tentiell auch westliche Akteure treffen können, die sich in diesen Wirtschaftsbereichen oder in den Regionen engagieren, die von diesen Gruppen kontrolliert werden. Potentiell könnte auch die relativ militant organisierte Partei der urdusprachigen Immigranten, die MQM dazu gehören, die in Karatschi sich mit rivalisierenden Fraktionen einen langjährigen Bandenkrieg geliefert hat. Diese Gruppen teilen besonders auch die Argumente gegen die Vormachtstellung der USA und ihrer Unternehmen in der Weltwirtschaft.

Zusammenfassung: Zu den Hauptträgern des Antiamerikanismus gehören in Pakistan im Militär- und Regierungsapparat sowie den bürgerlichen Parteien verankerte nationalistische Kräfte, die einen Interessenkonflikt zwischen dem konfliktreichen Verhältnis zu Indien und der zögernden, zwiespältigen und „unzuverlässigen“ Partnerschaft mit den USA sehen. Sie tolerieren antiamerikanische Aktionen und Haltungen, weil sie glauben, Pakistan wird von den USA trotz seiner Bündnisleistungen schlecht behandelt. Vor allem wird dies an der fehlenden Unterstützung gegenüber Indien festgemacht. Islamistische Gruppen, sowohl radikalen und militanten Zuschnitts als auch religiös-puristischer Natur sind besonders seit dem Ende des Kalten Krieges zu einem aktiven antiamerikanischen Akteur geworden, wobei das radikale Potential im Vergleich zum gesamten islamischen Sektor vermutlich 10 bis 15 Prozent nicht überschreitet. Doch auch lokale ethnische und regionale Milizen mit eher linksgerichteter nichtreligiöser Ausrichtung können zu einem Bedrohungsfaktor werden.

#### **Ausdrucksformen von „Antiamerikanismus“**

In Pakistan sind alle denkbaren Formen des Antiamerikanismus vertreten. Es gibt eine sehr prononcierte antiamerikanische, oder USA-kritische öffentliche Debatte, wobei die Übergänge zwischen den Formen fließend sind.

Direkte politische Aktionen seitens der Regierung, die sich gegen die Interessen der USA und anderer westlicher Staaten richten, sind meist ein Ergebnis der skizzierten nationalistischen und antiindischen Politik. Das betrifft das Abstimmungsverhalten in der UNO, das Verhältnis zum nuklearen Nichtweiterverbreitungsregime, zum Teststoppvertrag, in Menschenrechtsfragen, in Fragen der Religionsfreiheit, des Umweltschutzes oder eines liberalen Welthandels. Um seine Positionen zu stärken, bemüht sich Pakistan enge Beziehungen mit Staaten, die die USA als radikal, feindlich gesinnt oder antiamerikanisch betrachten, wie Iran, oder Nordkorea. Bei letzterem spielen auch die Aufrüstungsbestrebungen des pakistanischen Militärs keine geringe Rolle, die bereit sind, alle Angebote von allen Seiten zu prüfen, die ihnen zu niedrigen Preisen neue und bessere Waffen versprechen, um ihre Stellung gegenüber Indien zu stärken.

Politische Aktionen der Strasse mit antiamerikanischer Stoßrichtung werden vor allem von den islamistischen Parteien organisiert. Das zeigte sich besonders bei den Massendemonstrationen gegen den Antiterror-Krieg in Afghanistan im Oktober 2001. Die politische Symbolik ließ dabei an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. In den Umzügen wurden Särge für die Amerikaner getragen. Die Parteien kündigten Blockaden gegen die militärischen Einrichtungen an, in denen Amerikaner stationiert sein oder sich aufhalten sollen, darunter die Flughäfen Dalbandin in Baluchistan und Pasni in Sindh.<sup>13</sup>

Terroranschläge auf amerikanische Einrichtungen und Vertreter werden fast ausschließlich islamistischen Milizen zugeschrieben. Sie haben in den vergangenen Jahren wiederholt amerikanische Einrichtungen mit zum Teil schwerem militärischem Gerät überfallen. Wiederholt wurden Diplomaten getötet. Zu einem besonders prominenten Fall wurde die Entführung und

---

<sup>13</sup> Vgl. Fn. 8.

grausame Enthauptung vor laufender Videokamera des US-Korrespondenten des „Wallstreet Journal“, Daniel Pearl, im Januar 2002. Nachdem der Schutz ausländischer Einrichtungen verstärkt wurde, finden zunehmend Überfälle auf „Ersatz“-Ziele wie christliche Einrichtungen statt, denen Nähe zum Westen unterstellt wird. Die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen der Militärregierung Musharraf konnten den Bewegungsspielraum der militanten Kräfte, darunter nicht wenige außer Kontrolle geratener bandenmäßig operierender „Renegatenmilizen“ kaum einschränken.<sup>14</sup>

Antiamerikanische und antiwestliche Kräfte verfügen in Pakistan auch über militärische Potenzen, wie verschiedene Aktionen beweisen. Darauf deutete die Existenz einer islamistischen Verschwörung im pakistanischen Offizierskorps 1995 hin, die rechtzeitig aufgedeckt wurde.<sup>15</sup> Darauf verweist auch die Umbesetzung militärischer Führungspositionen nach dem 11. September 2001 auf ausdrückliches und konkretes Verlangen der USA hin. 2 Stunden bevor die Amerikaner begannen, Afghanistan zu bombardieren, wurden Generale mit bekannten proislamistischen Neigungen ausgeschaltet, obwohl sie Musharraf erst an die Macht geholfen hatten, was in der Armee Unzufriedenheit ausgelöst haben muss.<sup>16</sup> Nicht zu unterschätzen sind auch die Möglichkeiten, die militante antiamerikanische Kräfte in Pakistan haben, sich Zugang zu schweren und modernen Waffen zu verschaffen, wie den erwähnten *Stinger*-Raketen, oder geschmuggeltem Nuklearmaterial aus dem postsowjetischen Raum, evtl. auch chemischen und biologischen Kampfstoffen. Im Rahmen des Antiterrorkrieges verläuft längs durch die pakistanischen Stammesgebiete auch eine unsichtbare Front akuter militärischer Auseinandersetzungen, bei denen sich die versprengten Taliban-Anhänger und al-Qa`ida-Kämpfer zurückziehen, umgruppieren und auf neue Angriffe gegen amerikanische und westliche Interessen, besonders in Afghanistan, aber potentiell auch in Pakistan vorbereiten. Die anhaltenden kleineren und größeren Angriffe auf US-Truppen und die UN-Friedensgruppe in Afghanistan sind offenbar ohne das logistische Hinterland im pakistanischen Grenzgebiet undenkbar. Äußerst problematisch bleibt für die USA, aber auch alle Nachbarstaaten und darüber hinaus die gesamte Weltgemeinschaft, der potentielle Zugang radikaler islamistischer Kräfte zum pakistanischen Nuklearpotential. Pakistans islamische Rechte gefällt sich in der Rolle, die Nuklearkapazitäten als „islamische Bombe“ anzupreisen. Sie warnt das Militär vor möglichen Absichten der USA, Pakistans nukleares Potential zu eliminieren, was in der Tat nicht ausgeschlossen werden kann. Darin deutet sich auch eine mögliche Interessenkongruenz zwischen islamistischer Rechter und Militärs an.

Zusammenfassung: In Pakistan ist das gesamte Arsenal antiamerikanischer Aktionen anzutreffen. Es reicht von öffentlichen Debatten, über gewaltfreie politische Aktionen bis hin zu Aktionen der Strasse, Terrorakten und geplanten militärischen Aktivitäten. Die Verbreitung

---

<sup>14</sup> Nach dem 11. September 2001 wurden folgende größere Anschläge auf westliche und „prowestliche“ Ziele registriert: 2002: 17. März: 2 US-Bürger sind unter den Opfern eines Anschlages auf die Protestant International Church in Islamabad; 8. Mai: 11 französische Ingenieure, die am Agosta-U-Bootprojekt arbeiten, sind unter den Opfern eines Selbstmordattentates in Karatschi; 14. Juni: 12 Pakistaner werden Opfer eines Selbstmordanschlages auf das US-Konsulat in Karatschi; 13. Juli: 7 Deutsche sind unter den Verletzten eines Handgranatenanschlages auf Touristen an einer archäologischen Ausgrabungsstätte; am 28. Oktober 2001, am 5. und 9. August, 25. September und 5. Oktober 2002 werden Anschläge auf christliche Einrichtungen in Bahawalpur, Murree, Taxila, Karatschi und Bannu verübt. Herald, Dezember 2002, S. 46-37.

<sup>15</sup> Siehe u.a. SAAG (South Asia Analysis Group) papers: Dagestan: Focus on Pakistan's Tablighi Jamaat, No. 80, Chennai (Indien) 15. September 1999, auf <http://www.saag.org/papers/paper80.html>.

<sup>16</sup> Das betraf insbesondere Generalleutnant Mehmood Ahmed, Chef des Geheimdienstes ISI, und Generalleutnant Mohammad Mir Aziz Khan, der frühere Leiter des sogenannten *Afghan Bureau* des ISI. Davis, Anthony: Pakistan's Taliban Troubles, in: Jane's Defence Weekly, 1. Dezember 1999; Pakistan Moves Nuclear Weapons, Musharraf Says Arsenal Is Now Secure. Washington Post, 11. November 2001, auf [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com).

der besonders radikalen und militanten Formen des Antiamerikanismus unterliegt starken Schwankungen, die sehr vom innenpolitischen Klima beeinflusst werden. Dabei spielt die Verknüpfung von Antiamerikanismus und Ablehnung der Vorherrschaft des Militärs eine nicht geringe Rolle. Einen besonderen Bedrohungsfaktor bildet der Umstand, dass sich radikale islamistische Kräfte in einer Krisensituation Zugang zu Pakistans Nuklearpotential verschaffen könnten.

### **Mobilisierungspotentiale von „Antiamerikanismus“ insbesondere seit dem 11. September 2001**

Das Mobilisierungspotential für antiamerikanische Haltungen und Aktionen in Pakistan hat sich nach dem 11. September 2001 deutlich ausgeweitet. Das ist vor allem auf den abrupten Beitritt Pakistans zur Antiterrorkoalition zurückzuführen, für den der Militärregierung von oppositionellen islamistischen wie säkularen politischen Kräften die Legitimation abgesprochen wird. Das Militärregime vermied es ebenso wie die jetzt von seinen Gnaden installierte Zivilregierung, eine öffentliche Debatte darüber zu führen. Dadurch befindet sich das Regime hinsichtlich seiner Haltung zu den USA und den Antiterrormaßnahmen innenpolitisch in der Defensive. Die antiamerikanische Grundhaltung hat gegenwärtig vor allem deshalb so eine Breitenwirkung entfaltet, weil sie sich mit einer Kritik an dem manipulativen und antidemokratischen Vorgehen des Regimes Musharraf verbindet.

Die Parlamentswahlen haben auch deutlich gemacht, auf welcher schmäleren Basis das gegenwärtige Regime agiert. Zwar hat sich die Einschätzung von Musharraf unmittelbar nach dem 11. September 2001 bestätigt, dass er dem militanten islamistischen Protestpotential nicht mehr als 10 bis 15 Prozent Einfluss unter der Bevölkerung zutraut. Aber es ist dem Regime auch nicht gelungen, ohne offensichtliche und grobe Manipulation im neuen Parlament eine eigene politische Basis für seine Politik, darunter zum Zusammengehen mit den USA, zu erhalten. Zugleich hat Musharraf's frontales Vorgehen gegen die beiden großen etablierten Parteien Muslimliga und Volkspartei und die Schaffung einer regimetreuen „Königspartei“ aus einer Abspaltung der Muslimliga nur dazu geführt, dass islamistische Parteienbündnis MMA zu stärken.<sup>17</sup> Diese Kräfte haben jetzt eine maßgebliche Vertretung im Bundesparlament und den Provinzversammlungen erreicht.<sup>18</sup> Da ist für sie ein historisches Rekordergebnis, da sie in der Vergangenheit nur mit einzelnen Abgeordneten in den Parlamenten vertreten waren. Die MMA ist in der Lage, allein die Provinzregierung in der Nordwestgrenzprovinz zu bilden. Dort und in den angrenzenden autonom verwalteten Stammesgebieten liegt der territoriale Schwerpunkt der Antiterrormaßnahmen. Die MMA-Provinzregierung will diese nun eindämmen oder sogar beenden. Dazu hat sie allerdings nur begrenzte Möglichkeiten, da sie über die autonom verwalteten Stammesgebiete an der Grenze zu Afghanistan keine Kontrolle hat. Zugleich profiliert sich die MMA in der Öffentlichkeit als einzige konsequente demokratische Kraft, da sie sich weigert, die Verfassungsänderungen durch Musharraf durch die LFO zu

---

<sup>17</sup> Die MMA wurde 2001 als Wahlbündnis, vermutlich unter aktiver Beteiligung des pakistanischen Geheimdienstes gegründet, der die Wirksamkeit dieser traditionell zersplitterten Kräfte als Gegengewicht zu den früheren Regierungsparteien PPP und ML-N erhöhen wollte. Es besteht aus der Islamischen Partei (Jama'at-i Islami – JI), zwei Fraktionen der Islamischen Gelehrtenvereinigung (Jam'iyat-e 'Ulama'-e Islam – JUI), der Islamischen Gelehrtenvereinigung Pakistans (Jam'iyat-e 'Ulama'-e Pakistan), den salafitischen Traditionisten (Ahl-e Hadith) und der schiitischen Bewegung des islamischen Rechts nach Imam Jaffar (Tahrik-e Ja'ffriya-e Pakistan).

<sup>18</sup> Die 59 Sitze der MMA in der Nationalversammlung machen 17 Prozent aus. Des Weiteren erreichte sie im Provinzparlament der Nordwestgrenzprovinz 62 von 123 und in Balutschistan 17 von 64 Sitzen, auf <http://jang.com.pk/election2002/>, a.a.O.

akzeptieren. Sie verlangt auch, er solle als ziviler Präsident seine militärischen Funktionen aufgeben.<sup>19</sup>

Die Breite dieses antiamerikanischen Konsensus machte auch ein Zwischenfall im neugewählten Parlament deutlich. Alle Abgeordneten erhoben sich zu einer demonstrativen Gedankenandacht für den geständigen, in den USA rechtskräftig verurteilten und hingerichteten pakistanischen Terroristen Aimal Kansi, als dessen Leiche Anfang Dezember 2002 den Verwandten überstellt wurde.<sup>20</sup> Da Kansi von der damaligen Regierung unter Umgehung rechtlicher Formalitäten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gemeinsam mit FBI-Beamten in Pakistan gefasst und anschließend ausgeflogen wurde, ist auch dieser Protest gleichzeitig eine Kritik an der antidemokratischen Art der Kooperation des jetzigen Regimes mit den USA. Mehrere ähnliche Zwischenfälle erregten in den letzten Monaten allgemeines Aufsehen, als „unbescholtene Bürger“ aufgegriffen und tagelang ohne Einhaltung prozeduraler Vorschriften von Sicherheitskräften Pakistans und der USA verhört wurden. Bei einem handelte es sich um einen Arzt, der Führungskräfte der Taliban und al-Qa`ida, wie Osama Bin-Laden behandelt hatte. Er galt zugleich als selbstloser und aufopferungsvoller Mediziner. Seine Verhaftung, die einer Entführung gleichkam, führte zu einem Medizinerstreik in ganz Pakistan mit deutlich antiamerikanischer Stoßrichtung.<sup>21</sup>

Doch auch innerhalb des pakistanischen Militärs und Geheimdienstes ist das Potential für antiamerikanisches Verhalten und Vorgehen nicht ausgeräumt. Die mittlere Ebene, die jahrelang die enge logistische militärische Kooperation mit den islamistischen Freischärlern in Afghanistan und Kaschmir betrieb, ist weiterhin intakt und wenig gewillt, ihre alten Kameraden „ans Messer“ zu liefern. Die Amerikaner halten sogar einen Coup gegen Musharraf mit antiamerikanischer und proislamistischer Stossrichtung für möglich.<sup>22</sup> Die angespannte Lage innerhalb der pakistanischen Sicherheitskräfte verdeutlichte ein Zwischenfall zum Jahreswechsel 2002-03, als es bei militärischen Anti-Terroroperationen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit pakistanischen paramilitärischen Sicherheitskräften kam, bei dem ein US-Soldat von einem pakistanischen Grenzsoldaten erschossen und im Gegenzug ein pakistanisches Dorf von den Amerikanern bombardiert wurde.<sup>23</sup> Da sich wahrscheinlich ein großer Teil der Führungskräfte der Taliban und von al-Qa`ida auf pakistanisch-afghanischem Territorium befindet, ist die Kooperation mit Pakistan für die USA unverzichtbar. Die Zusammenarbeit ist z. T. auch sehr erfolgreich, wie die Verhaftung wichtiger al-Qa`ida-Funktionäre in Pakistan immer wieder demonstriert.<sup>24</sup>

Musharraf glaubt, durch Vorantreiben eines ökonomischen, bildungsorientierten und politischen Reformprogramms die Verhältnisse konsolidieren zu können, ohne sich dieser Polarisierung zu stellen, und ohne sich eine wirklich akzeptierte politische Legitimation für diese

---

<sup>19</sup> So zuletzt der Generalsekretär der MMA-Mitgliedsparter JUI, Khalid Mehmood Soomro, am 2. Februar 2003. Dawn, 3. Februar 2003.

<sup>20</sup> Siehe den Kommentar von M. Z. Arham, Kansi Mania, in: News, Lahore, 9. Dezember 2002.

<sup>21</sup> Vgl. Lahore surgeon arrested for links with al-Qa'eda. In: Herald, November 2002, S. 22.

<sup>22</sup> So Vizeadmiral Lowell Jacoby, Chef der US Defence Intelligence Agency, Anfang Februar 2003 vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senates. Dawn, 15. Februar 2003. „This could result in an extremist Pakistan“, warnte er.

<sup>23</sup> Situation tense after US-Pakistan troops clash. News, 1. Januar 2003.

<sup>24</sup> Mit Hilfe von FBI-Agenten wurden in Pakistan verhaftet: Abu Zubaydah, al-Qa`idas vermutlicher Finanzier (März 02), Ramzi Binalshibh, einer der Reserveattentäter (September 02), und Khalid Shaikh Mohammed, der wahrscheinliche Organisator der Attentate vom September 2001 (März 03). Gannon, Kathy: Architect of 9/11 held in Pakistan. In: The Washington Times, 2. März 2003, auf <http://www.washtimes.com/world/20030302-7626852.htm>; Raman, B.: Al-Qaeda empire in Pakistan. In: Asia Times Online, 27. November 2002, auf [http://www.atimes.com/atimes/South\\_Asia/DK27Df01.html](http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/DK27Df01.html).

Politik zu beschaffen. Die USA nehmen dieses Vorgehen hin, da sie glauben, dass die Alternativen nur eine Verschlechterung der Verhältnisse aus ihrer Sicht bringen könnten. Vor allem fürchten sie, die Islamisten könnten direkteren Zugriff auf das militärische und besonders auch das nukleare Potential Pakistans erlangen, evtl. sogar legal in Kooperation mit anderen Verbündeten im neuen Parlament bzw. Senat, dem Oberhaus, dessen Oberhaupt auch den Präsidenten vertreten kann.

Die Irak-Krise kann zu einer Ausweitung der militanten Aktivitäten gegen Interessen der USA und des Westens in Pakistan und Afghanistan führen, zumal al-Qa`ida-Vertreter angedeutet haben, aus pragmatischen Gründen einen Irak-Krieg für „Entlastungsangriffe“ nutzen zu wollen. Wenn sich die pakistanische Regierung in dieser Frage nicht entschlossener artikuliert, kann das in der US-Führung die Frage aufwerfen, ob Pakistan ein Verbündeter oder eher ein weiteres Zielland ist. Das Potential des möglichen Widerstandes ist jedoch bei diesem Land mit 150 Millionen Einwohnern, eine Fülle von konventionellen Waffen und einem Nuklearpotential so groß, dass die USA noch davor zurückschrecken.

Zusammenfassung: Die besondere Breite des Mobilisierungspotentials nach dem 11. September 2001 ergibt sich vorrangig aus den ungelösten innenpolitischen Widersprüchen. Dazu gehört vor allem die mangelnde politische Legitimität des Regimes, das ein Zusammengehen mit den USA in der Antiterrorcoalition beschloss. Dazu gehört auch die Schwächung gemäßigter politischer Kräfte, wodurch radikalere Elemente vor allem in den islamistischen Parteien neuen Aufschwung erhielten. Der Kurswechsel Pakistans in Bezug auf die islamische Militanz in Afghanistan hat auch bei Teilen des Militärs und des Sicherheitsapparates Verwirrung und Widerstand ausgelöst, vor dem das Regime und die nachfolgende regimetreue Zivilregierung Jamali wieder zunehmend zurückweichen. Die Absicht des Militärs, durch Musharraf die Kontrolle über die Politik aufrechtzuerhalten, und besonders der Konflikt um die Verfassungsänderungen, die das absegnen sollen, tragen zur Schwächung des prowestlichen Antiterror-Kurses bei. Die Irakkrise kann im Kriegsfall die Polarisierung in Pakistan deutlich verstärken und neue radikale antiamerikanische und antiwestliche Aktionen auslösen, die das Militär aber wahrscheinlich nicht beherrschen können.

### **Zielsetzung/ Arbeitsergebnisse**

Der Antiamerikanismus als politische Artikulationsform ist in Pakistan fest verwurzelt. Das Land war lange und wiederholt ein Verbündeter der USA, vor allem, weil seine Elite hoffte, damit ihre Konflikte mit Indien und zum Teil auch Afghanistan lösen zu können. Da jedoch hinter diesen Bündnisbeziehungen in Pakistan wiederholt Militärregimes standen, die von diesen Beziehungen profitierten, fehlte dem Bündnis weitgehend die politische Legitimation. Das führte zu einer hartnäckigen Verknüpfung oppositioneller demokratischer, islamistischer Bewegungen gegen die Militärherrschaft mit antiamerikanischen Haltungen. Dies tat jedoch einer weit verbreiteten Bewunderung bei der Elite, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung, für die amerikanische Lebensweise und Kultur, für das Wirtschafts- und Technikpotential, für die Aufstiegschancen in Amerika kaum Abbruch.

Antiamerikanische Haltungen und Aktionen reichen von der Führungsebene, aus Motiven einer nationalistischen Enttäuschung über die mangelnde Solidarität der USA mit Pakistan in seiner Auseinandersetzung mit Indien, über politische Protestaktionen der Strasse bis hin zu gewaltsamen Anschlägen und militärischen Handlungen, letztere vor allem aus dem islamistischen Spektrum. Der mögliche Zugang radikaler islamistischer Kräfte zum pakistanischen Nuklearpotential ist als ein besonderes Gefahrenmoment anzusehen.

Dabei wird in der Regel von den Akteuren deutlich zwischen den USA und anderen europäischen Mächten unterschieden. Die politische Klasse hält jedoch Europa für schwach und zu unkoordiniert, um dem Unilateralismus der USA entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Sie sieht sich daher veranlasst, nach Kompromissen zu suchen, um ihre eigenen Interessen zu wahren. Zu einer Zeit, wo Politik, Wirtschaft und Bildung in Pakistan reichlich zerrüttet sind, scheint ihr ein Widerstand zwecklos und unklug. Islamistische Kräfte differenzieren bedeutend stärker. Sie heben in Gesprächen auch oft die besondere Rolle Deutschlands hervor. Oft ist es auch die rücksichtslose und uninformierte Art des Vorgehens der USA, die den kulturell motivierten Protest erregt. Gerade dort wird Europa bzw. Deutschland deutlich positiver bewertet. Sollten sich europäische Mächte inklusive Deutschland jedoch stärker und offensiver in der Antiterrorcoalition engagieren, können auch Angriffe auf deutsche Interessen und Vertreter nicht ausgeschlossen werden, da eine Umorientierung erfahrungsgemäß relativ schnell erfolgen kann.

Mittelfristig ist mit einem Abflachen der antiamerikanischen Haltungen nicht zu rechnen. Die Lage kann sich in Abhängigkeit vom Erfolg oder Scheitern der Regierung bei ihrem innenpolitischen Konsolidierungskurs eher noch zuspitzen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, wären vor allem mehr Koordinierung und Kooperation zwischen den USA und den anderen westlichen Mächten in Pakistan erforderlich. Das betrifft besonders die Haltung gegenüber der Rolle des Militärs, inwieweit dessen Intervention und Manipulation durch die USA und den Westen insgesamt zum Schaden des politischen Prozesses und der demokratischen Institutionen hingenommen wird. Gegenwärtig erscheinen in der pakistanischen Öffentlichkeit besonders die USA, und in geringerem Maße auch andere westliche Mächte, als Garanten des Einflusses der Armee in der Person von General Musharraf. Eine Stabilisierung Pakistans scheint unrealistisch, solange sich die gegenwärtige proamerikanische Regierungspolitik nicht eine stärkere politische Legitimation verschafft, indem sie die politischen Kräfte, darunter auch des islamistischen Lagers, stärker in die Meinungsbildung einbindet. Das würde es erlauben, die antiamerikanischen Debatten zu kanalisieren und stärker von den sozial und innenpolitisch motivierten Faktoren zu trennen. Solange die Operation „Enduring Freedom“ mit militärischen Handlungen in und um Afghanistan andauert, ist gleichfalls nicht mit einem Rückgang antiamerikanischer Haltungen und Aktionen zu rechnen. Besonders direkte Aktionen von US-Streitkräften und Sicherheitsbeamten werden von Gegnern des proamerikanischen Regierungskurses zum Anlass für die Mobilisierung von Widerstand genommen. Daher bemühen sich Pakistan und die USA in letzter Zeit verstärkt, öffentliche Aktionen vorrangig unter pakistanischer Führung abzuwickeln.

Aus der Sicht des pakistanischen Regimes könnte vor allem die anhaltende Konfrontation mit Indien Anlass sein, sich stärker um eine öffentliche Legitimation ihres Zusammengehens mit den USA zu bemühen. Pakistans Führung versucht, die besonderen Beziehungen zu den USA als Sicherheitsfaktor gegen einen möglichen Angriff Indiens einzusetzen. Indien hatte mehrfach gedroht, in Anlehnung an das Vorgehen der USA und Israels einen vorbeugenden Schlag gegen Ausbildungslager kaschmirischer Freischärler auf pakistanischem Gebiet zu führen. Das haben die USA bisher mit Hinweis auf die Sicherheit ihrer Einsatzkräfte in Pakistan und Afghanistan verhindert. Umgekehrt würde aber auch ein Abbau der Konfrontation mit Indien, etwa durch eine zwar kaum zu erwartende aber nicht auszuschließende Verhandlungslösung zu Kaschmir, die antiamerikanischen Kräfte, vor allem im islamistischen Lager schwächen. Es sind zum großen Teil die gleichen islamistischen militanten Gruppen, die die Kaschmirfrage zu ihrem zentralen Anliegen gemacht haben und die sich durch antiamerikanische Aktionen und Terrorakte, auch im Auftrage von al-Qa`ida hervortun. In diesem Sinne wären verstärkte und konzertierte Aktivitäten der westlichen Mächte zur Konfliktbeilegung in der Regi-

on, sowohl gegenüber Indien als auch gegenüber Afghanistan und Iran, eine direkte Investition in die Schwächung des antiamerikanischen Potentials.

Als Möglichkeiten der mittelfristigen Einflussnahme bieten sich weiterhin Aktivitäten des Dialogs mit antiamerikanischen Kräften an, die es ihnen schwerer machen würden, ihre Haltung in der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Das scheint auch mit den islamistischen Kräften nicht unmöglich, wenn man sich auf die legalen und gewählten Politiker orientiert. Wahrscheinlich steht aber momentan noch die gegenwärtige Irak-Krise dem zumindest vorläufig entgegen. Auf jeden Fall scheint es wichtig, die in den neunziger Jahren wegen der Sanktionen unterbrochenen Austausch- und Ausbildungsprogramme für das Militär und den Geheimdienst Pakistans in den USA und im Westen wiederzubeleben und deutlich zu verstärken.

Wichtig scheint auch, bei der westlichen Projektarbeit verstärkt in ein kulturell kompatibles Vorgehen zu investieren. Die erklärte Absicht des deutschen Leiters des Kommandos der ISAF-Friedenstruppe in Kabul, General Norbert van Heyst, mögliche Konflikte und Sicherheitsrisiken durch verstärkte Kontakte mit der örtlichen Bevölkerung schon im Vorfeld zu entschärfen,<sup>25</sup> scheint dafür ein hervorragendes Beispiel.

Kürzungen gerade zum jetzigen Zeitpunkt bei Projekten, die das gegenseitige kulturelle Verständnis fördern, wie etwa die Schließung des Goethe-Instituts in Lahore, wirken dagegen konterproduktiv.

## **Bibliographie**

### Monographien:

Ali, Syed Mahmud: Cold War in the high Himalayas: the USA, China and South Asia in the 1950's, Richmond, Surrey 1999.

Haass, Richard N. (Hrsg.): A new US policy toward India and Pakistan: report of an independent task force, New York 1997.

Khan, Rais Ahmad: Forty years of Pakistan – United States relations: in search of peace and security, Karachi 1990.

Kux, Dennis: The United States and Pakistan 1947-2000: disenchanted allies, Washington D.C. 2001.

McMahon, Robert J.: The cold war on the periphery: the United States, India, and Pakistan, New York 1994.

Rose, Leo E (Hrsg.): United States – Pakistan relations, Berkeley, California 1985.

Smith, David O. (Hrsg.): From containment to stability: Pakistan-United States relations in the post-Cold War era, Washington D.C., 1993.

Tahir-Kheli, Shirin R.: India, Pakistan, and the United States: breaking with the past, New York 1997.

Verinder Grover and Ranjana Arora (Hrsg.): Political System in Pakistan, Band 6: Pakistan's foreign policy. Its relations with the USA, UK, Commonwealth and UNO, New Delhi 1995.

### Zeitschriftenartikel:

Hadar, L.T.: Pakistan: Strategic Ally or Unreliable Client? In: USA Today, New York, Band 131, Nr. 2692, 2003, S.20-24.

Milam, W.: U.S.-Pakistan Cooperation, in: Middle East Insight, Washington D.C., Band 17, Nr.3, 2002, S.25-30.

Schaffer, T.C.: U.S. Influence on Pakistan: Can Partners Have Divergent Priorities? In: The Washington Quarterly, Cambridge, Massachusetts, Band 26, Nr.1, 2003, S.169-183.

---

<sup>25</sup> Germund, Willi: Afghanistan: Mit dem Ohr am Volk. In: Berliner Zeitung, 11. Februar 2003, auf <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/>.